

Die Linke/Liste Solidarität stellt sich vor:



1. Karl-Heinz Schneckenberger, 72, Vermessungsingenieur, Vorstand Mieterbund Rüsselsheim, Vorstand Kunstverein, Mitglied im Malkasten, BUND, Freiw. Feuerwehr Kö., Königstädter Hofkonzerte
„Politik demokratisieren – Demokratie politisieren“



2. Fatma Yildiz, 56, geboren in der Türkei, 1985 angekommen in Deutschland. Erzieherin und Musikpädagogin im Elementarbereich. Verheiratet, zwei Kinder, Vorsitzende im Verein Friedenshaus. „Multikulturalität ist ein Vorteil“.



3. Dr. Andreas Schwarz, Verwaltungswissenschaftler. „Sozial gerechte Politik auch und gerade in Krisenzeiten. Beibehaltung der freiwilligen städtischen Leistungen. Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben.“



4. Brigitte Rücker, 68, Rentnerin. „Die Stadt für die Klimabelastungen fit machen, ökologische Verkehrsplanung und Maßnahmen des Radverkehrskonzepts 2020 rasch umsetzen. Für Verbesserungen für Jugend und Senior*innen.“



5. Ulas Dilekli
„Alle Menschen in unserer Stadt sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und sich dies auch trauen! Bildung und Kultur für alle fördert die allgemeine Anerkennung gesellschaftlicher Regeln.“



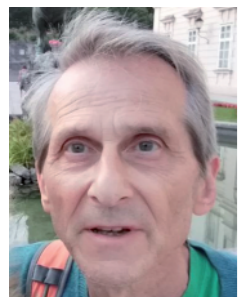
6. Karola Pruschkew-Löw, 68, Lehrerin. Aktiv in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Engagiert in Schul- und Bildungspolitik. „Ich will ein sozial gerechtes, an den Menschen orientiertes Rüsselsheim.“



7. Lino Casu, 42,
„Ich möchte mich für soziale Gerechtigkeit und einen kostenlosen städtischen Nahverkehr einsetzen.“



8. Heike Wieland-Reith, 59
„Mein Engagement gilt besonders der Familien- und Frauenpolitik in Rüsselsheim. Hier gilt: Keine Kürzungen im Bildungsbereich. Für die Erhaltung des Rüsselsheimer Frauenzentrums.“



9. Heinz-Jürgen Krug, 69, aktiv bei attac und in der IG Metall. „Auch in der Kommunalpolitik setze ich mich ein für eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Individuums Voraussetzung für die Freiheit aller ist.“



10. Judith Neumann
„Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind, werden leider immer noch von der Politik und von den Medien als "Faulenzer" und als "Sozialschmarotzer" beschimpft. Ich wende mich dagegen, dass Leidtragende zu Schuldigen gemacht werden.“



11. Roman Gasanfar, 31, Student
„Ich setze mich dafür ein, dass Bildung für jeden unentgeltlich zugänglich ist. Auch setze ich mich für Datenrechte und den freien Informationsfluss ein.“



12. Didare Bulut, 22, Sozialrecht-Studentin in Fulda.
„Schon immer spielten Recht und Gerechtigkeit eine wichtige Rolle für mich. Ich empfinde es für wichtig, in einer Gesellschaft zu leben, in der kein Kind der Armut ausgesetzt ist.“



13. Bernd Peter, 55, IT-Consultant, Verdi-Mitglied
„Ich wünsche mir Rüsselsheim als grüne, solidarische und ja auch schöne Stadt. Meine Kernthemen sind Umweltschutz und Städtebau.“



14. Wolfgang Ebenhöf, 70, pens. Lehrer.
„Ich trete ein für eine Welt, in der wir im Einklang mit der Natur leben und deshalb gemeinsam eine lokale Agenda gegen die Klimaerwärmung entwickeln.“



15. Erwin Reith
„Ich bin 64 Jahre alt und von Beruf Smutje. Ich stehe für bezahlbaren, sozialen Wohnungsbau, kulturelle Vielfalt, eine fahrradfreundliche Verkehrspolitik.“



16. Ralf Becker, 59, Berufsschullehrer, Personalrat.
„Ich setze mich dafür ein, dass Jugendliche eine nachhaltige Perspektive bekommen und Lehrer*innen die Arbeitsbedingungen erhalten, um junge Menschen bestens zu fördern.“



17. Thomas Haas, 53, Gelernter Karosseriebauer; Ex-Nationalmannschaft Kunstturnen und Soldat, nun Hartz IV-Empfänger!
„Ich möchte mich für die unterste Basis der Gesellschaft einsetzen! Aus eigenen Erfahrungen heraus. Gegen Amtsmissbrauch, mehr Empathie in die Ämter bringen!“



18. Arthur Weger, 68, Lehrer
„Für die Überwindung des auf Auslese ausgerichteten gegliederten Schulsystems. Keine Bundeswehrwerbung an Schulen.“



19. Wolfgang Becker, 64, Fahrzeugtechniker.
„Für mehr politisches Bewusstsein im Öffentlichen und im Privaten; solidarisches Handeln im Alltag.“



20. Heinz König, 86, seit 1950 Gewerkschaftsmitglied.
„Ich trete ein für eine friedliche Welt, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, ein Einkommen zu erzielen, welches ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.“

Sie möchten mehr über die Linke / Liste Solidarität erfahren?

Das Programm und die aktuellen Erklärungen finden Sie im Internet unter www.liste-solidaritaet.de

Kontaktadresse: Heinz-Jürgen Krug, Dr. Ludwig-Opel-Straße 59, 65428 Rüsselsheim

Zur Ortsbeiratswahl in Königstädten kandidieren Karl-Heinz Schneckenberger und Ulas Dilekli.

Für ein soziales Rüsselsheim

Liebe Rüsselsheimerinnen, liebe Rüsselsheimer,

2021 finden die Kommunalwahlen vor dem Hintergrund der Coronapandemie statt. Sie hat wie unter einem Vergrößerungsglas die soziale Zerrissenheit unserer Gesellschaft sichtbar gemacht. Sie hat den Regierenden Vorwände für ein „Durchregieren“ nach Gutdünken geliefert, und sie hat es rechten Kräften ermöglicht, bei den "Querdenker"-Demonstrationen eine Plattform zu bekommen. Auf der anderen Seite zeigen viele Menschen auch in Rüsselsheim die Bereitschaft zum Einsatz für ihre Mitmenschen, zur Solidarität also. Diese systemrelevanten "Heldinnen und Helden des Alltags" brauchen nicht nur warme Worte und Beifall, sondern vor allem höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Linke/Liste Solidarität hat in der Vergangenheit mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid unterstützt. Unsere Vertreterinnen und Vertreter im Stadtparlament verstehen sich als „parlamentarischer Arm“ bürgerschaftlichen Engagements für ein soziales, ökologisches und demokratisches Rüsselsheim. Auf der Grundlage dieses Selbstverständnisses konnten wir einen Teil unserer Ziele verwirklichen und wollen wir in den nächsten fünf Jahren weiterarbeiten.

Die Linke/Liste Solidarität

bringt die Anliegen der Menschen ins Parlament und unterstützt ihre außerparlamentarischen Aktivitäten.

Die wichtigsten Erfolge:

- Mehr U3-Kitas in Verantwortung der Stadt
- deutlich mehr Stellen für Erzieher*innen, in den Stadtbüros und bei weiteren Dienstleistungen für die Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer
- Rüsselsheim-Pass für Menschen mit kleinen Einkommen
- Die Gerhart-Hauptmann-Schule bleibt 5-zügig erhalten und wurde IGS
- Straßensozialarbeit wieder eingeführt
- Marktplatzbäume erhalten
- Keine Kürzungen bei den Investitionen in Kultur und Bildung
- Es gibt mehr Geld für Radwege. Ein Konzept ist in Erarbeitung

In der Wahlinitiative Die Linke/Liste Solidarität arbeiten aktive Gewerkschafter*innen, ehemalige Grüne wie Sozialdemokraten, Mitglieder der Partei Die Linke, Migrant*innen, Mitglieder alternativer Gruppierungen, von attac und Bürgerinitiativen zusammen. Schauen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten an, Sie werden einige kennen.

... und bei der Kreistagswahl **DIE LINKE** . Offene Liste wählen!

Wofür steht Die Linke/Liste Solidarität?

Für Solidarität

Die Linke/Liste Solidarität steht für ein auf Toleranz und gegenseitigen Respekt beruhendes solidarisches Zusammenleben der Generationen, Geschlechter und Kulturen in Rüsselsheim. Wir treten allen entgegen, die eine Politik betreiben, die Menschen gegeneinander ausspielt, soziale Kälte verbreitet und Fremdenfeindlichkeit schürt. Und das Eintreten für Solidarität darf an Stadt und Landesgrenzen nicht Halt machen. Darum haben wir initiiert, dass Rüsselsheim sich den Projekten „Sichere Häfen“ für aus Seenot gerettete Geflüchtete und „Bürgermeister für den Frieden“ zur Abschaffung der menschenbedrohenden Atomwaffen angeschlossen hat.

Für eine soziale Stadt

In Rüsselsheim sind seit Jahren ca. 25% der Bevölkerung von Armut betroffen oder bedroht. Zu den Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind, gehören auch diejenigen, die für ihre Arbeit nur Armutslöhne erhalten, Kinder und alleinerziehende Frauen. Oft genug werden die betroffenen Menschen von der Politik und von den Medien als „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“ beschimpft. Die Linke/Liste Solidarität wendet sich mit Nachdruck dagegen, dass Leidtragende zu Schuldigen gemacht werden. Die Stadt Rüsselsheim braucht eine soziale Infrastruktur, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir lehnen es ab, wichtige Einrichtungen wie Schulen, Theater, Musikschulen und Schwimmbäder zu schließen, bei der Kinder-, Jugend-, Sozial- und Seniorenarbeit und bei den Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu kürzen.

Stattdessen setzen wir uns ein für:

- Kindertagesstätten, Betreuungsschulen, Jugendhäuser, Jugendpflege und Jugendbildungswerk
- Haus der Senioren, Sozialstation, Altenheim und Seniorentreffs
- Schwimmbäder und Sportstätten
- Aufnahme einer vergünstigten Nutzung der Stadtbusse in den Rüsselsheimpass

Wie Wo Wohnen?

Die Stadt Rüsselsheim muss dem Menschenrecht auf Wohnen gerecht werden, daher fordern wir:

- 40% geförderten Wohnungsbau für öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und 30% für private Bauherren
- Mietstabilität auch nach Sanierung: Mieter müssen sich das Wohnen auch nach einer Sanierung leisten können, keine Luxussanierungen, keine Mieterhöhung über die Heizkostensparnis hinaus
- Wohnungslosigkeit: Das bereits 2016 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Wohnungshilfekonzept mit seinen präventiven Elementen muss konsequent umgesetzt werden
- Förderung alternativer Wohnkonzepte: WGs, Generationenwohnen können helfen, Wohnraum besser zu nutzen

Kultur und Kunst

Für den Erhalt der kulturellen Vielfalt in unserer Stadt. Kultur ist kein Luxus, sondern eine wichtige Form des gesellschaftlichen Verkehrs der Menschen untereinander. Kulturpolitik verfehlt da ihr Ziel, wo die Kunst zu Publicity- oder Stadtmarketing-Zwecken verbraucht wird, zum Impopiergehabe der Politik wird. Rüsselsheim sollte eigene kulturpolitische Wege finden und Nischen besetzen, wie es z.B. mit der „Jazzfabrik“ gelungen ist.

Bildung – Qualität für die Zukunft

Bildung und Erziehung sind Aufgabe der ganzen Gesellschaft und eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft. Auch in Rüsselsheim ist das Bildungswesen chronisch unterfinanziert. Alle Versuche, auf Kosten von Bildungs- und Kultureinrichtungen Haushaltskonsolidierung zu betreiben lehnen wir ab. Es gilt: Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt müssen helfen, Chancengleichheit für alle zu realisieren:

- Die Rüsselsheimer Schulen müssen materiell so ausgestattet werden, dass Schüler*innen ohne Rücksicht auf ihre soziale Herkunft Zugang zu allen Angeboten haben. Kostenlose Schulmaterialien und kostenloses Mittagessen sollten selbstverständlich sein.
- Ein vernünftiger Ausbau der Digitalisierung muss ganz im Dienst der Schulen stehen. Die Aufgabe der Stadt ist es, für ausreichenden Support zu sorgen.
- Inklusion kann nur gelingen, wenn die Bereitstellung der notwendigen Mittel gesichert ist.
- Rüsselsheims Schulen müssen eine überschaubare Größe (ca. 700 Schüler/innen) haben und ein langes gemeinsames Lernen ermöglichen.
- Kinderkrippen und Kitas sind ein bedeutender Teil der Bildungseinrichtungen, sie müssen kostenfrei sein!

Für das Leben in einer umweltfreundlichen Stadt

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ist verantwortlich für die drohende Klimakatastrophe. Die Linke/Liste Solidarität hat deshalb die Ausrufung des kommunalen Klimanotstands unterstützt und drängt auf eine konsequente Umsetzung der Maßnahmen aus dem 2017 beschlossenen Klimaschutzkonzept. Sie unterstützt die Aktivitäten der klassischen Naturschutzverbände und der Fridays for Future-Bewegung zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für eine nachhaltige regionale und kommunale Verkehrspolitik ein.

Weitere ökologische Maßnahmen müssen sein:

- Keine zusätzliche Ausweisung von Siedlungs- und Industriegebieten sowie Verkehrsflächen
- Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden statt Bebauung bisher dafür ungenutzter Flächen
- Förderung und Nutzung lokaler und regionaler Produktions- und Konsumkreise
- Die Natur- und Landschaftsschutzgebiete in Rüsselsheim und Umgebung sind zu erhalten, zu pflegen und aufzuwerten
- Im Sinne der Nachhaltigkeit ist bei Bautätigkeiten einer Sanierung vorhandener Gebäude der Vorrang vor Abriss und Neubau zu geben.

Ein guter öffentlicher Dienst

Die Erhaltung und der weitere Ausbau des öffentlichen Dienstes ist notwendig, da es viele Dienste gibt, die ohne Gewinnabsichten, weltanschaulich neutral und auch dann angeboten werden müssen, wenn ihre Kosten die Einnahmen übersteigen. Der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber hat eine Vorbildfunktion für die sogenannte „freie“ Wirtschaft. Wir setzen uns für ein klares Bekenntnis der Stadt zu tarifgebundenen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ein. Die Linke/Liste Solidarität wendet sich seit Jahren gegen das viel zu häufige Hinzuziehen von teuren externen Beratern. Wir fordern echte Rekommunalisierungen und den Verzicht auf weitere „Ausgliederungen“. Wir fordern die Offenlegung und eine stärkere Beschränkung der Spitzeneinkommen in Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist.

Die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger erhalten!

Die Menschen bezahlen ihre Steuern dafür, dass Schwimmbäder, Schulen, Kindertagesstätten Jugend- und Senioreneinrichtungen, Kultureinrichtungen und kostengünstige Verkehrsverbindungen davon finanziert werden.

Wir wenden uns gegen die Ausgründungen und Privatisierungen städtischer Einrichtungen. Sie sind für die Bürger stets mit steigenden Kosten und Gebühren und schlechteren Leistungen verbunden. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten sie meistens eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Lohnkürzungen.

Für ausreichende Gemeindefinanzen und den sorgsam Umgang mit Steuergeldern

Wie die große Mehrheit der Städte, Gemeinden und Landkreise leidet auch Rüsselsheim vor allem unter einer Steuerpolitik, die es multinationalen Konzernen erlaubt, die Vorteile der städtischen Infrastruktur zu nutzen, ohne einen angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzierung zu leisten. Die Verarmung der Kommunen ist die Kehrseite der explosionsartigen Vermehrung des Reichtums von Wenigen. Die Linke/Liste Solidarität unterstützt daher eine nachhaltige Neuregelung der Kommunalfinanzierung. Zudem werden auch in Rüsselsheim immer noch Steuergelder für durchaus fragwürdige Projekte, wie die Ersetzung eines funktionsfähigen Hallenbads durch einen 15 Millionen Euro teuren Neubau ausgegeben.

Die Linke / Liste Solidarität fordert deshalb auf Bundesebene eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes. Unabhängig von der Situation auf der Einnahmenseite muss ein sparsamer Umgang mit Steuergeldern selbstverständlich sein.

Unsere Vorstellungen zu den Themen Frauen, Ausbildung, Kinder und Jugend, Senior*innen, Migrant*innen, Digitalisierung werden wir Ihnen in einem weiteren Flyer Anfang März vorstellen.

DIE LINKE Liste 8
SOLIDARITÄT 